

# Nominierungsverfahren für Spitzenkandidatur zur Landtagswahl beschlossen

**Der Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU hat auf seiner Sitzung am 17. Februar 1994 nach einer offenen und intensiven Diskussion einstimmig das weitere Verfahren zur Nominierung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1995 beschlossen:**

- 1.** Die Benennung von Kandidaten oder Kandidatinnen aus der Partei für die Spitzenkandidatur 1995 soll auf der nächsten Landesvorstandssitzung am 16. März erfolgen.
- 2.** Gibt es nur einen Kandidaten, soll der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU am 28. Mai 1994 in Aachen über die Nominierung entscheiden.
- 3.** Gibt es mehrere Kandidaten oder Kandidatinnen, erfolgt eine Mitgliederbefragung.  
Abschließend entscheidet dann der Landesparteitag.  
Damit folgte der Landesvorstand dem Vorschlag des CDU-Landesvorsitzenden Norbert Blüm. Dieser hatte

zuvor erklärt, daß er auch in Zukunft seine Verantwortung und seine Aufgaben für die nordrhein-westfälische CDU wahrnehmen wolle. Deshalb werde er im kommenden Jahr auch erneut für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren. Das Gewicht der nordrhein-westfälischen CDU werde er weiterhin in die Bundespolitik einbringen. Für die Landtagswahl 1995 stehe er als Spitzenkandidat jedoch nicht zur Verfügung.

Er werde aber seine ganze Autorität und Verantwortung als Landesvorsitzender wahrnehmen, um ein faires, geordnetes und offenes Verfahren zur Ermittlung des Spitzenkandidaten sicherzustellen. Bisher habe die Partei in dieser Frage Disziplin und Ehrlichkeit bewiesen, das habe ihr gut getan und müsse auch so bleiben.

Allerdings, so betonte Blüm weiter, verstehe er sich nicht als politisches Neutrum, sondern wolle in dieser Frage auch Position beziehen. Aus diesem Grund schlage er der Partei den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag, Helmut Linsen, als zukünftigen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl vor.

Helmut Linssen:

## Anstieg der Kriminalität verlangsamt - doch kein Grund für Entwarnung

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Dr. Helmut Linssen, hat nach Auswertung einer ersten Statistik für das Jahr 1993 erneut eine gezielte Bekämpfung der „importierten Kriminalität“ gefordert. „Derartige Maßnahmen würden nicht nur dazu beitragen, die Zahl ausländischer Straftäter zu verringern, sondern sie würden auch einen Beitrag dazu leisten, das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in unserem Land zu erleichtern. Wir dürfen nicht dulden, daß schwarze Schafe in der einen wie in der anderen Bevölkerungsgruppe das Klima des Zusammenlebens in unserem Land vergiften“, erklärte Linssen. Die vorläufige Statistik für 1993 verzeichne zwar einen leichten Rückgang der Gewaltdelikte. Doch dürfe nicht übersehen werden, daß die Stagnation auf einem sehr hohen Niveau stattfinde.

Wie sehr die Gewaltkriminalität zugenommen hat, zeigt ein langfristiger Vergleich mit dem Jahr 1980. So stieg die Zahl der Körperverletzungsdelikte in diesem Zeitraum von 19 780 auf 47 091 Fälle, bei den Raubdelikten von 6 574 auf 12 064. Auch bei weiteren, die Bürger besonders tangierenden Deliktsarten läßt sich diese Entwicklung nachvollziehen: Zunahme bei Fahrzeugdiebstahl von 17 199 auf 26 807, bei Diebstahl aus Kraftfahrzeugen von 110 564 auf 226 715, bei Wohnungseinbrüchen von 35 644 auf 63 152. Dr. Linssen: „Die Zahl der Kriminellen hat seit 1980 drastisch zugenommen. Die Wurzeln dieser besorgniserregenden Entwicklung sind im wesentlichen in zwei Bereichen zu suchen: Zum einen in der Drogenkriminalität, zum anderen in der importierten Kriminalität.“

Bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität und der in ihrem Gefolge wuchernden Beschaffungskriminalität sei die von Landesinnenminister Schnoor (SPD)

zunehmend propagierte Lösung eines breit angelegten Methadoneinsatzes weder besonders neu noch besonders originell. Der kontrollierte Einsatz von Methadon könne ein geeignetes Mittel sein, um Drogenabhängige aus dem Teufelskreis der Kriminalität zu lösen. „Ein Allheilmittel ist es jedoch nicht. Ein Drogenabhängiger, der nicht bereit ist, auf den ‚Drogenkick‘ zu verzichten, wird Methadon nicht statt, sondern neben seiner üblichen Dosis einnehmen und damit die Gesundheitsgefährdung für sich nur erhöhen. Dies kann und darf nicht der Effekt einer staatlichen Drogenpolitik sein. Wegen dieser Risiken verbietet sich eine undifferenzierte, flächendeckende Abgabe“ von Methadon, wie der Innenminister sie nunmehr zu fordern scheint“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Das Problem der importierten Kriminalität sei — im Vergleich zum Drogenproblem — relativ neu und mit dem Anwachsen des Asylbewerberzustroms und dem Wegfall des „Eisernen Vorhangs“ viru-

lent geworden. Zum Vergleich einige Zahlen: 1980 wurden in NRW 304 144 deutsche und 41 699 ausländische Tatverdächtige ermittelt; 1993 waren es 250 942 deutsche und 121 807 ausländische Tatverdächtige. Dies bedeutet, daß der Anteil der deutschen Tatverdächtigen seit 1980 um mehr als ein Sechstel zurückgegangen ist, während sich der Ausländeranteil im gleichen Zeitraum fast verdreifacht hat.

„Diese Entwicklung erfordert eine differenzierte Statistik zur Ausländerkriminalität“, betonte Dr. Linssen. „Die bislang vorliegenden Zahlen deuten darauf hin, daß die Zuwachsraten im Ausländerbereich nicht auf die hier seit langem integrierten und in guter Nachbarschaft lebenden ausländischen Mitbürger, sondern vor allem auf die Gruppen der Asylbewerber und der illegalen Zuwanderer zurückzuführen sind.“

Die CDU-Landtagsfraktion hatte bereits vor einem Jahr bei Vorlage der Kriminali-

tätsstatistik 1992 gefordert, die importierte Kriminalität gezielt zu bekämpfen. Dr. Linssen: „Die Antwort von Innenminister Schnoor war damals seine Ankündigung, Zahlen zur Ausländerkriminalität nicht mehr zu erheben. Die SPD-Landtagsfraktion warf uns vor, eine ausländerfeindliche Hetzkampagne zu betreiben.“

Mittlerweile ist der Begriff der importierten Kriminalität auch in SPD-Kreisen hoffähig geworden. Von einer Abschaffung der Ausländerkriminalitäts-Statistik ist keine Rede mehr — der Innenminister möchte auf diesem Gebiet nunmehr sogar zusätzliche Daten erheben, um ein differenzierteres Bild zu erhalten. Tatsache bleibt, daß die SPD-Landesregierung bei der Bekämpfung der importierten Kriminalität fast ein volles Jahr verschlafen hat. Auch unsere damals schon erhobene Forderung nach verstärkter Einstellung von Polizisten ausländischer Herkunft findet neuerdings im Innenministerium Gehör.“

Norbert Blüm:

## Transrapid von Hamburg nach Berlin Offenbarungseid für NRW-SPD

Der CDU-Landesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, erklärte zu den im Bundeskabinett getroffenen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Bau der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin:

„Die Entscheidung für den Bau des Transrapid ist ein Symbol des Aufbruchs für den Zukunftsstandort Deutschland.“

Der Transrapid kann eine Zugmaschine des technischen Fortschritts der nächsten Jahre sein und ist zugleich Beweis für die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Der Wirtschaftsstandort braucht neue, fast utopisch scheinende Produkte, die die Kreativität und die Phantasie unserer Techniker und Ingenieure beflügeln und durch die neue zukunftsichere Arbeits-

plätze geschaffen werden. Die aktuelle Planung, daß der Transrapid auf der Strecke Hamburg—Berlin und nicht in Nordrhein-Westfalen gebaut wird, ist ein neuer Offenbarungseid für die Landesregierung, die es durch Entschluß- und Handlungsunfähigkeit wieder einmal erreicht hat, daß ein Zug der Zukunft am Land vorbeifährt. Die Zeche dieser Politik des Zauderns müssen die Menschen in

Nordrhein-Westfalen bezahlen, weil die vom Transrapid ausgehenden Wachstumsimpulse und der dringend erforderliche Strukturwandel im Lande nun ausbleiben. Mit einer solchen konzeptionslosen Politik, wie sie die Landesregierung an den Tag legt, können die wirtschafts- und strukturpolitischen Herausforderungen des kommenden Jahrtausends nicht gemeistert werden.“

## Reul: CDU hat ihr Profil geschärft

**Eine positive Bilanz des CDU-Bundestages in Hamburg hat der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul gezogen. „Dieser Parteitag hat zweierlei gezeigt: Erstens, daß diese CDU bereit ist, geschlossen und entschieden mit Helmut Kohl an der Spitze für den Wahlsieg zu kämpfen und zweitens, daß diese Partei in der Lage ist, grundsätzlich und programmatisch zu streiten und zu arbeiten.**

Gerade die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm hat das Profil der Union geschärft. Diese Partei ist beileibe kein Kanzlerwahlverein, sondern eine große Volkspartei, die ein breites Spektrum unserer Gesellschaft repräsentiert. Das spiegelt sich auch in den Schwerpunkten des neuen Programms wider“, so Reul.

Der CDU-Politiker zeigte sich befriedigt darüber, daß seine im Vorfeld des Parteitags geäußerten kritischen Anmerkungen auf fruchtbaren Boden gefallen seien. Reul: „Wir wollten, daß endlich Schluß ist mit der Verunsicherung der Menschen

durch täglich neue Vorschläge und Interviews. Sowohl der Vorsitzende wie auch der Generalsekretär haben erklärt, daß sie dies nicht mehr zulassen. Jetzt kann ich nur hoffen, daß in den kommenden Wochen und Monaten diese Maxime von Hamburg auch im Alltag gilt.“

Auch zu den drängenden Fragen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland habe der Parteitag klar Stellung bezogen. „Hier hat die CDU mit dem Programm für Wirtschaft und Wachstum klargemacht, daß neues Denken nötig ist und daß der Slogan ‚Weiter so Deutschland‘ nicht mehr gilt. Der Parteitag hat zur wirtschaftspolitischen Neubestimmung erheblich beigetragen.

Reul betonte, daß auch bei diesem Parteitag wieder eindeutig die Handschrift des größten Landesverbandes zu erkennen gewesen sei. „Das Wirtschaftsprogramm hat Christa Thoben mitgestaltet, das Grundsatzprogramm ist unter dem Kommissionsvorsitzenden Reinhard Göhner erarbeitet worden und trägt in wesentlichen Punkten die Handschrift des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.“